

Regierungsbericht: Erfolge für Umwelt

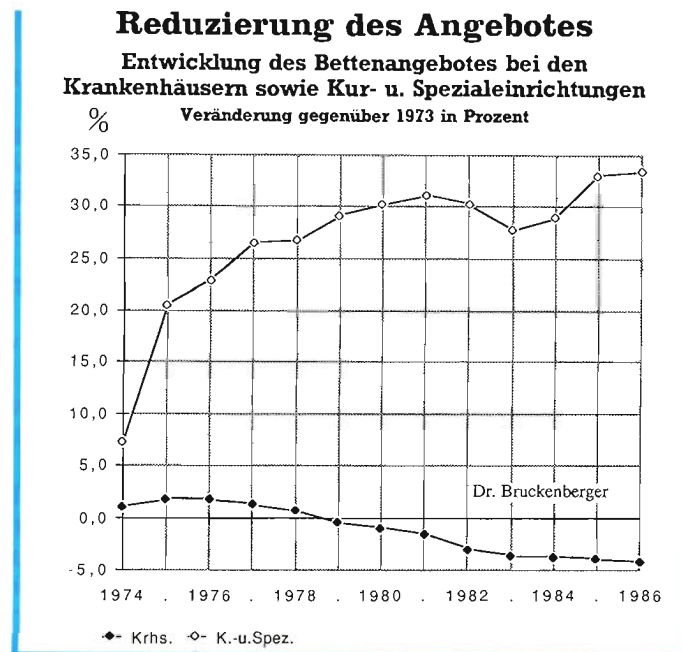
BONN. Die Bundesregierung hat den Vierten Immissionsschutzbericht beschlossen und dem Bundestag zugeleitet. Der Bericht ist eine Bilanz der vergangenen vier Jahre für die Bereiche Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung. Der Regierungsbericht verweist auf Erfolge bei der Rauchgasentschwefelung von Kraftwerken, wo die Schwefeldioxid-Emissionen von 2,9 Millionen Tonnen im Jahre 1982 auf jetzt 1,6 Millionen Tonnen gesenkt worden seien.

Neben der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der Technischen Anleitung Luft von 1986 hob der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Clemens Stroetmann, bei der Vorlage des Berichts die Maßnahmen zur Einführung des schadstoffarmen Autos hervor. Bei den Neuzulassungen liege der Anteil schadstoffreduzierter Pkw mit Ottomotor bereits bei deutlich über 90 Prozent. Schätzungsweise 1,5 Millionen Autos verfügten schon über einen geregelten Drei-Wege-Katalysator. Zur

Lärmbekämpfung an Bundesfernstraßen seien die Ausgaben des Bundes seit 1980 um mehr als 40 Prozent auf fast 240 Millionen Mark im Jahr 1986 gesteigert worden, heißt es im Bericht. OD

Naturheilmedizin an der Mainzer Uni?

MAINZ. „Viel Sympathie“ hat der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Hans-Otto Wilhelm (CDU) für den Vorschlag, an der Mainzer Universität einen Lehrstuhl für Naturheilmedizin einzurichten. Der Vorschlag war ihm vom Vorsitzenden des Fachausschusses Gesundheitspolitik der CDU Mainz, Dr. med. Christian Moerchel, unterbreitet worden. Anlaß war der Gesundheitstag des Deutschen Ver-



Bei der Entwicklung des Bettenangebotes in den Krankenhäusern der Bundesrepublik haben die Bundesländer die Letztentscheidung, bei den Kur- und Spezialeinrichtungen entscheiden ausschließlich die Kostenträger. Offensichtlich gelten dabei nicht die gleichen Maßstäbe. Betroffen sind immer die Beitragszahler.

eins für Gesundheitspflege in Mainz, wo der Minister am Ausstellungsstand des Ausschusses die Fragen interessierter Bürger zur Gesundheitspolitik beantwortete. Wilhelm sagte zu, die Einrichtung des Lehrstuhls wohlwollend zu prüfen. OD

Fortschritte im Kampf gegen Lepra

WÜRZBURG. Mit einem Spendenaufkommen von 30,8 Millionen DM hat das Deutsche Aussätzigen-Hilfswerk e. V. (DAHW) im vergangenen Jahr 270 Projekte in 43 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gefördert. Das geht aus dem Jahresbericht 1987 hervor, der jetzt veröffentlicht wurde. 67 600 Lepra-Patienten konnten aus der Behandlung entlassen werden, 39 000 wurden neu aufgenommen, darunter 8000 Kinder. In dem Bericht weist das DAHW darauf hin, daß die Kombinationstherapie eine Wende im weltweiten Kampf gegen Lepra eingeleitet habe. Dadurch könne der Krankheit auch eines ihrer

schlimmsten Attribute genommen werden, der größte Verstümmler unter den Krankheiten zu sein. Angesichts von acht bis zehn Millionen unbehandelter Leprakranker seien aber noch vielfältige Aufgaben zu lösen. Dem DAHT, das 1987 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit 1,2 Millionen DM unterstützt wurde, stehen 860 Ärzte und über 2800 medizinische Helfer und Pfleger zur Verfügung. Dazu kommen 5000 Techniker, Verwaltungsfachleute, Sozialarbeiter, Landwirte und Ausbilder. OD

Ausland

Mehr private Krankenhausbetten

LONDON. Nach neuesten amtlichen Statistiken hat sich die Zahl der Betten in privaten Krankenhäusern von 1982 bis 1986 fast verdoppelt. Hierbei muß man in Rechnung stellen, daß ein großer Teil des Zuwachses auf die Gebiete an der Südküste oder in Südwestengland entfällt, in denen sich

wohlhabende Briten gern im Ruhestand niederlassen und wo sie dann, wenn sie es sich leisten können, private Krankenhäuser oder Pflegeheime frequentieren. Auffällig ist jedoch, daß die größten Zuwachsraten an Privatbetten im Berichtszeitraum in solchen Regionen verzeichnet wurden, die man normalerweise nicht mit den genannten „Wohlstands-Ruheständlern“ in Verbindung bringt, nämlich in den industriellen Zentren der Midlands und in der Grafschaft Yorkshire. gb

Notopfer für den Staat

FREDERICTON. Die Regierung des kanadischen Bundesstaates Neu-Braunschweig hat festgestellt, daß ihr Medicare-System im kommenden Jahr ins Defizit rutschen wird. Die einzelnen kanadischen „Provinzen“, wie die Bundesstaaten heißen, haben unter dem Schirm einer globalen Bundesgesetzgebung sehr unterschiedliche Krankenversicherungssysteme auf Grund eigener Gesetzgebung. Das Defizit wird auf drei Millionen kanadische Dollar geschätzt. Die Mitgliederversammlung der New Brunswick Medical Society hat daraufhin einen wohl einzigartigen Beschluß gefaßt: Jeder Arzt, der bei ihr Mitglied ist, wird im kommenden Finanzjahr von seinen Medicare-Einnahmen 3000 Dollar an den Staat zurückzahlen, um das Defizit zu verringern. „Die Mitglieder haben dem allerdings nur sehr zögernd zugestimmt“, sagte Geschäftsführer David Balmain – und es waren nur zwanzig Prozent der Mitglieder zu der Versammlung gekommen. Im Hintergrund des Beschlusses steht allerdings die Tatsache, daß das Verhältnis zwischen Provinzregierung und Ärzten recht gut ist – die Regierung hat hinsichtlich der Frage des „Extra Billing“, also der Bindung des Arztes an den staatlichen Honorartarif, eine liberale Lösung gefunden. bt